

Forschungsstelle Finanzpolitik

BREMER DISKUSSIONSBEITRÄGE
ZUR FINANZPOLITIK

Günter Dannemann

Die regionalwirtschaftliche Rentabilität des Projekts
Internationale Universität Bremen / Science Park

Nr. 2 / 2005

ISSN 1860-4919

Die regionalwirtschaftliche Rentabilität des Projekts Internationale Universität Bremen / Science Park

Prof. Dr. Günter Dannemann

Forschungsstelle Finanzpolitik

Wilhelm-Herbst-Straße 12

28359 Bremen

Tel. +49 (0) 421 2 44 66 - 40

Fax +49 (0) 421 2 44 66 - 59

E-Mail dannemann@uni-bremen.de

Internet www.fofi.uni-bremen.de

PROF. DR. GÜNTER DANNEMANN, DR. ANDRÉ W. HEINEMANN (HRSG.):

Bremer Diskussionsbeiträge zur Finanzpolitik

Nr. 2, Bremen, März 2005.

ISSN 1860-4919

www.fofi.uni-bremen.de

Zusammenfassung

Der Diskussionsbeitrag stellt an einem konkreten Projekt das regionalwirtschaftliche Rentabilitätskalkül in nachvollziehbaren Schritten dar. Insbesondere die übergewichtige Ausrichtung der bundesstaatlichen Finanzverteilung an der Zahl der Einwohner und die marginale Berücksichtigung der Zahl der Arbeitsplätze (der Wirtschaftskraft) macht das regionalwirtschaftliche Rentabilitätskalkül hochkomplex. Für den politischen Entscheidungsträger ist es aber eine wichtige Entscheidungshilfe.

Das Ergebnis für das konkrete Projekt IUB / Science Park lässt sich wie folgt zusammenfassen: Für den Stadtstaat Bremen ist das Projekt aufgrund des mit ihm verbundenen hohen Einwohnereffekts regionalwirtschaftlich rentabel. Noch stärker profitieren Bund und Länder von den mit dem Projekt verbundenen Steuereinnahmen.

Gliederung

1.	Einleitung	2
2.	Projektausgaben des Projektes „Roland-Kaserne/ IUB“	2
3.	Vergleich der Ausgabenbelastung Bremens für IUB und Hochschulen	3
4.	Arbeitsplatz- und Einwohnereffekte	4
5.	Standort- und Imageeffekte	7
	Zusammenfassende Übersicht.....	9

1. Einleitung

Die *Internationale Universität Bremen (IUB)* wurde im September 1999 eröffnet. Damit fand ein 30 ha großes Kasernengelände in Bremen-Grohn eine neue Nutzung. Organisiert ist diese private Universität in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH. Der Staat ist in ihr nicht vertreten, der Betrieb erfolgt ohne staatliche Einflussnahme. Die IUB erfüllt eine hochschulpolitische Funktion, die über den Wissenschaftsstandort Bremen hinaus auf den Wissenschaftsstandort Deutschland ausstrahlt. Man kann es als politische Sensation bezeichnen, dass Regierung und Bürgerschaft ausgerechnet des Stadtstaates Bremen dieses Projekt gestartet haben. Unsicherheit und Skepsis waren in der Projektvorbereitung und beim Projektstart mehr oder minder weit verbreitet, selbst beim Verfasser. Nachdem die Aufbauphase weit vorangeschritten ist und die IUB bereits die ersten Absolventen produziert hat, ist es im Sinne einer Zwischenbilanz an der Zeit, das Projekt IUB einschließlich des geplanten Science Parks im Lichte des heutigen Kenntnisstands aus regionalwirtschaftlicher, insbesondere fiskalischer Sicht zu bewerten. Werden sich die geleisteten und die noch für den Science Park eingeplanten Investitionsausgaben Bremens für das Projekt rentieren?

2. Projektausgaben des Projektes „Roland-Kaserne/ IUB“

Das *Investitionssonderprogramm (ISP)* weist für das Projekt „Roland-Kaserne/ IUB“ folgende Ausgaben (in Mio. Euro) aus:

1998	0,456
1999	14,883
2000	21,986
2001	23,059
2002	25,820
2003	19,685
2004	11,709
<u>Summe</u>	<u>117,598</u>

Die im ISP für die Folgejahre veranschlagten Mittel von 117,132 Mio. Euro wurden der IUB GmbH bereits 1999 in einem abgezinsten Betrag von 109,7 Mio. Euro vom Bremer Kapitaldienstfonds zur Verfügung gestellt. Der Differenzbetrag von 7,432 Mio. Euro deckte die beim

Kapitaldienstfonds anfallenden Zinsen für die Zwischenfinanzierung der vorzeitigen Auszahlung ab. Darüber hinaus stellt das Anschlussinvestitionsprogramm für die Erschließung des Science Parks an der IUB in den Jahren 2006 bis 2008 weitere 5 Mio. Euro bereit.

Insgesamt verursacht das Projekt IUB/ Science Park für den bremischen Haushalt Investitionsausgaben von 122,6 Mio. Euro. Bei einem unterstellten langfristigen Zinssatz für öffentliche Kredite von 5 % (derzeit knapp unter 4 %) belastet das Projekt den bremischen Haushalt mit Zinsausgaben von 6,1 Mio. Euro jährlich (bei 4 % mit Zinsausgaben von 4,9 Mio. Euro).

Die baulichen Maßnahmen auf dem Campus der IUB werden im Jahr 2005 abgeschlossen. Die IUB ist vom Wissenschaftsrat akkreditiert und in das Hochschulverzeichnis zum Hochschulbauförderungsgesetz aufgenommen worden. Der 33. Rahmenplan stellt sicher, dass Bauvorhaben der IUB im Umfang von rd. 80 Mio. Euro zur Hälfte vom Bund mitfinanziert werden.

Diese Investitionsausgaben in Höhe von 40 Mio. Euro belasten den Bundeshaushalt bei einem Zinssatz von 5 % mit Zinsausgaben von 2,0 Mio. Euro jährlich. Da der Bund Bremen die Investitionsausgaben für die IUB (ohne Science Park) von 117,6 Mio. Euro über den Weg der Sonderbundesergänzungszuweisungen zur Bewältigung der extremen Haushaltsnotlage zur Verfügung gestellt hat, wird der Bundeshaushalt dauerhaft mit Zinsausgaben von 5,9 Mio. Euro belastet (bei 4 % gegenwärtig mit 4,7 Mio. Euro).

3. Vergleich der Ausgabenbelastung Bremens für IUB und Hochschulen

Zum Abschluss der Aufbauphase strebt die IUB eine Zielzahl von 1200 Studenten an. Bezieht man die auf die Anschubfinanzierung der IUB von 109,7 Mio. Euro entfallende Zinsausgabenbelastung Bremens von 5,5 Mio. Euro auf die Zielzahl von 1200 Studenten, ergibt sich daraus ein jährlicher (unsichtbarer) Zuschuss von 4.583 Euro je Student.

Nach Angaben der *Hochschulrektorenkonferenz (HRK)* hat Bremen im Jahr 2002 an „laufenden Grundmitteln“ für seine staatlichen Hochschulen 5.940 Euro je Student ausgegeben (übrigens nur 79 % des Bundesdurchschnitts von 7.510 Euro).

Je Absolvent hat Bremen laut HRK 82.820 Euro ausgegeben (98 % des Bundesdurchschnitts). Dieser Betrag ergibt sich aus der relativ geringen Absolventenquote und der relativ langen Studiendauer.

Wegen der angestrebten Absolventenquote von 90 % und der sehr kurzen Studiendauer ist bei der IUB mit einem Zuschuss Bremens in einer Größenordnung von nur um 15.000 Euro zu rechnen.

Ferner ist daraufhin zu weisen, dass der Zuschuss Bremens je Student bzw. Absolvent der IUB dauerhaft konstant bleibt, während der Zuschuss an die staatlichen Hochschulen langfristig zumindest mit der Inflationsrate steigen wird.

4. Arbeitsplatz- und Einwohnereffekte

Im Jahr 2004 waren an der IUB 804 Studenten eingeschrieben, davon 593 Undergraduates und 211 Graduates. Die Beschäftigtenzahl von 320 setzt sich aus 92 Professoren, 137 wissenschaftlichen Mitarbeitern und 91 weiteren Mitarbeitern zusammen. Im Endausbau werden 1.200 Studenten von 100 Professoren betreut. Das Drittmittelvolumen der IUB betrug im Jahr 2004 bereits 10,1 Mio. Euro mit steigender Tendenz. Es ist zu erwarten, dass die IUB im Endausbau mindestens 400 Arbeitsplätze direkt bereitstellt.

Der Science Park soll – nach dem Vorbild des Technologieparks an der Universität Bremen – das „know-how“ für die regionale Wirtschaft nutzbar machen und Unternehmen mit den Schwerpunkten Forschung und Hightech attrahieren. Beschlusslage des Senats ist, eine Fläche nördlich der IUB von 6,3 ha für Ansiedlungen aufzubereiten. Das dem Senat vorliegende Gutachten von Basler/BAW ermittelt bei einer Bruttogeschoßfläche von 48.000 qm ein Potenzial von 1.200 Arbeitsplätzen. Vorsichtigerweise gehen die folgenden Rechnungen davon aus, dass unter Einbeziehung des geplanten Gründerzentrums auf dem Gelände der IUB für die Vollnutzung der Nordfläche des Science Parks mindestens 800 Arbeitsplätze zu erwarten sind.

Damit besteht die Chance bzw. die Erwartung, durch das Projekt IUB/ Science Park längerfristig mindestens 1200 Arbeitsplätze in Bremen direkt zu schaffen bzw. nachhaltig zu sichern.

Jeder Arbeitsplatz im Lande Bremen erwirtschaftet durchschnittlich 12.700 Euro an Steuern (Gemeinschafts-, Länder- und Gemeindesteuern). Rd. 90 % davon fließen dem Bund und nach Finanzausgleich den anderen Ländern zu, d.h. sie partizipieren mit 13,7 Mio. Euro jährlich an dem Steuerertrag des Projekts. Nach Abzug der Zinsausgaben des Bundes von 2 Mio. Euro für Hochschulbauförderungsmittel und 5,9 Mio. Euro für die Finanzierung des Zuschusses an die IUB über den Weg der Sonderbundesergänzungszuweisungen verbleibt für Bund/ Länder ein jährlicher Überschuss von 5,8 Mio. Euro. Dies entspricht einer Nettorendite („return on invest“) von 3,7 %, die insbesondere den übrigen Ländern zugute kommt.

Bremen behält einen Anteil an den Steuern nach Finanzausgleich von rd. 10 %, das sind bei 1.200 Arbeitsplätzen 1,5 Mio. Euro. Würde sich der fiskalische Effekt hierauf beschränken, wäre das Projekt IUB/ Science Park für Bremen – wie übrigens auch kaum ein anderes Wirtschaftsförderungsprojekt – absolut unrentabel ($1,5 < 6,1$).

Hinzu kommt der für die bundesstaatliche Finanzverteilung letztlich ausschlaggebende Einwohnereffekt. Dieser kann über folgende Schritte abgeschätzt werden:

- Neue/gesicherte Arbeitsplätze schaffen/sichern über die Verwendung der aus ihnen resultierenden verfügbaren Einkommen in Bremen weitere indirekte Arbeitsplätze. Von Bedeutung dafür sind allerdings nur die im Land Bremen getätigten Ausgaben, d.h. die Sparquote und die Importquote (Ausgaben außerhalb des Landes Bremen) sind abzuziehen. Nach allgemein akzeptierten Schätzungen des BAW-Instituts für Wirtschaftsforschung sind diese Abzüge, insbesondere die Importquote in einem kleinen Land wie Bremen so hoch, dass 100 zusätzliche Arbeitsplätze nur zu 30 weiteren indirekten Arbeitsplätzen führen. Der regionale Einkommensmultiplikator von 1,3 bewirkt bei 1.200 direkten Arbeitsplätzen des Projekts IUB/ Science Park weitere 360 indirekte Arbeitsplätze.
- Diese insgesamt 1.560 Arbeitsplätze werden nicht nur von Arbeitnehmern besetzt, die in Bremen ihren Hauptwohnsitz haben, sondern auch von Arbeitnehmern aus dem Umland. Bei einer Pendlerquote von netto 25 % werden also nur 1.170 Arbeitsplätze durch Beschäftigte mit Hauptwohnsitz in Bremen besetzt. Im Durchschnitt bindet jeder Beschäftigte eine so genannte Mantelbevölkerung (Single, Ehepartner, Kinder) von 1,8 Einwohnern. (Eine Befragung der direkt bei der IUB Beschäftigten hat sogar eine Mantelbevöl-

kerung von 2,56 ergeben.) Damit besteht für Bremen die Chance, über 1.170 neue/gesicherte Arbeitsplätze insgesamt 2.100 Einwohner zu gewinnen bzw. zu halten. Dies gelingt natürlich nur dann, wenn die infrastrukturellen Voraussetzungen für Wohnen in Bremen gegenüber dem Umland konkurrenzfähig sind.

- Die IUB hat organisatorisch sichergestellt, dass die auf dem Campusgelände wohnenden ausländischen Studenten (Undergraduates) automatisch mit Hauptwohnsitz in Bremen gemeldet sind. Von den deutschen Undergraduates haben einige wenige möglicherweise nur ihren Nebenwohnsitz in Bremen. Die Graduates wohnen im näheren Umfeld der IUB in Bremen. Es ist eher vorsichtig, wenn die folgenden Rechnungen davon ausgehen, dass von 1.200 Studenten der IUB im Endausbau mindestens 1.100 ihren Hauptwohnsitz in Bremen haben.
- Insgesamt werden damit bei Endausbau des Projekts IUB/ Science Park 3.200 Einwohner mehr in Bremen leben als bei Verzicht auf das Projekt.

Da jeder Einwohner für Bremen steuerliche Einnahmen nach Finanzausgleich von rd. 3.000 Euro bringt, ist mit dem Projekt IUB/ Science Park ein Einnahmeneffekt von 9,6 Mio. Euro (Einwohnerereffekt) zuzüglich des Selbstbehaltes an Steuern von 1,5 Mio. Euro (Arbeitsplatzeffekt), also insgesamt von 11,1 Mio. Euro verbunden.

Anzumerken ist, dass diese Einwohner eine relativ geringe Belastung für den bremischen Haushalt auf der Ausgabenseite bewirken. Überschlägig werden für die Schulversorgung von 300 zusätzlichen Schülern bzw. für die Kindergartenversorgung von 60 zusätzlichen Kindern (13 % bzw. 3 % von 2.100 Einwohnern) Mehrausgaben von rd. 1,5 Mio. Euro entstehen.

Zieht man diese Mehrausgaben für Schüler und Kinder von 1,5 Mio. Euro und die Zinsausgabenbelastung von 6,1 Mio. Euro für die Anschubfinanzierung ab, so verbleibt ein nachhaltiger Konsolidierungsbeitrag für den bremischen Haushalt von 3,5 Mio. Euro jährlich.

Weitaus stärker profitieren vom Projekt IUB/ Science Park allerdings Bund und übrige Länder mit einem Konsolidierungsbeitrag von 11,7 Mio. Euro (Einnahmen von 13,7 abzüglich der Zinsausgaben von 2,0).

Da die Zinsausgabenbelastung der Haushalte dauerhaft konstant bleibt, steigt der Konsolidierungsbeitrag von Jahr zu Jahr mit der durchschnittlichen Zuwachsrate der Steuereinnahmen. Nach den Erfahrungen der letzten 20 Jahre korrespondiert ein durchschnittlicher Zinssatz für öffentliche Kredite von 5 % mit einem durchschnittlichen Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 2,5 %. Unter der Voraussetzung, dass die volkswirtschaftliche Steuerquote längerfristig konstant bleibt, werden die Steuereinnahmen dann mit jahresdurchschnittlich 2,5 % steigen. Damit wird der Konsolidierungsbeitrag des Projekts für den bremischen Haushalt von 3,5 Mio. Euro bei Endausbau nach weiteren 10 Jahren auf 6 Mio. Euro, nach 20 Jahren auf 9,5 Mio. Euro und nach 30 Jahren auf 14 Mio. Euro wachsen.

Dementsprechend steigt auch der Konsolidierungsbeitrag des Bundes und der übrigen Länder von 11,7 Mio. Euro über 15 Mio. Euro nach 10 Jahren, 21 Mio. Euro nach 20 Jahren auf 27 Mio. Euro nach 30 Jahren.

Diese fiskalischen Effekte für Bremen (und Bund und übrige Länder) könnten deutlich gesteigert werden, wenn – bei Erfolg des Science Parks auf der Nordfläche – in nicht allzu ferner Zukunft weitere Flächen für die Ansiedlung technologieorientierter Betriebe bereitgestellt würde. Bremen hat es selbst in der Hand, die ohnehin bereits sehr hohe fiskalische Rentabilität des Projekts noch deutlich zu steigern.

5. Standort- und Imageeffekte

Gutachten von PROGNOSE, SCHAEFER usw. zeigen, dass das Zusammenspiel von Hochschulen und regionaler Wirtschaft Wachstumsimpulse erzeugt, die über die engen fiskalischen Effekte des Projekts IUB/ Science Park weit hinausgehen. Ferner hat das Projekt IUB eine bundesweite Verbesserung des bremischen Images bewirkt. Nicht nur die äußerst positive Entwicklung der bremischen Universität und Hochschulen, sondern gerade auch die privatwirtschaftlich betriebene IUB haben die Standorte Bremen und Bremerhaven erheblich aufgewertet. Bester Beleg dafür ist der Gewinn des Wettbewerbs „Stadt der Wissenschaften 2005“.

Ein Versuch, die Freisetzung von Wachstumskräften in der Region Bremen und den Imagegewinn durch die IUB quantitativ zu bewerten, soll an dieser Stelle nicht gewagt werden. Aber so viel ist subjektiv zu sagen: Diese „weichen“ Effekte haben gegenüber den „harten“ fiskalischen

Effekten eine nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung für das Investitionsklima und damit die Investitionsneigung der Privatwirtschaft am Standort Bremen und der gesamten nordwestdeutschen Region. Je nach Ausmaß seiner „Wirtschaftsfreundlichkeit“ muss sich aber jeder sein eigenes (Gefühls-)Urteil bilden.

Zusammenfassende Übersicht

Die regionalwirtschaftliche Rentabilität des Projekts „Internationale Universität Bremen (IUB) / Science Park“

I. Ausgaben

- Anschubfinanzierung (117,6 Mio. €) + Erschließung (5,0 Mio. €) = 122,6 Mio. €
bei einem Zinssatz von 5 % → **6,1 Mio. €** konstanter Zuschuss Bremens p. a.
- Bundesmittel für Baumaßnahmen 40,0 Mio. €
bei einem Zinssatz von 5 % → **2,0 Mio. €** konstanter Zuschuss des Bundes p. a.
Finanzierung des Zuschusses an die IUB 117,6 Mio. €
Bei einem Zinssatz von 5 % → **5,9 Mio. €** konstante Belastung des Bundes p. a.

II. Einnahmen

aus Arbeitsplatzeffekten

IUB 400 Arbeitsplätze + Science Park 800 Arbeitsplätze	=	1.200	AP
1.200 AP x 12.700 €Steuereinnahmen/ AP	=	15,2	Mio. €
Anteil Bund/ Länder 90 %	→	13,7	Mio. €
Anteil Bremen 10 %	→	1,5	Mio. €

aus Einwohnereffekten

1.200 direkte AP x 1,3 (Einkommensmultiplikator)	=	1.560	AP
abzüglich Pendlerquote (25 %)	-	390	AP
von Bremern besetzte AP	=	1.170	AP
x Mantelbevölkerung (1,8)	=	2.100	EW
von 1.200 Studenten haben ihren Hauptwohnsitz in Bremen	+	1.100	EW
neue/gehaltene bremische Einwohner	=	3.200	EW
x Einnahmen nach Finanzausgleich		3.000	€ EW
Zusatzeneinnahmen HB	=	9,6	Mio. €
Gesamteinnahmen Bund/ Länder		13,7	Mio. €
Gesamteinnahmen Bremen		11,1	Mio. €

III. Einnahmen – Ausgaben (Überschuss)

Bund/ Länder:	13,7 Mio. €	-	2,0 Mio. €	-	5,9 Mio. €	=	5,8	Mio. €
Bremen:	11,1 Mio. €	-	6,1 Mio. €	-	1,5 Mio. €*	=	3,5	Mio. €

* Ausgaben für Schul- und Kindergartenversorgung von zusätzlichen 300 Schülern und 60 Kindern.